

### Die etablierten Parteien: Unter sich und im Elfenbeinturm?

Die Fraktionen im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft wollen die zunehmende Kluft zwischen sich und den Menschen die sie vertreten durch einen Ehrenkodex überwinden (GE. vom 19.12.01 u. 25.01.02). Während die CSC der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorwirft, sie sei ein Selbstbedienungsladen, fordert die CSP zu Recht, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre Institutionen personell, entsprechend der geringen Bevölkerungszahl, begrenzt (GE v. 19.12.01). Einerseits politische Mandatäre, welche in der freien Wirtschaft übliche Gehälter kassieren ohne die entsprechende Expertenqualifikation zu besitzen (siehe Post, Bahn, etc), andererseits politische Parteien als Besitzer von Krankenhäusern, Apotheken, Druckereien, ...

Zu Recht fordert ein Vertreter der Partei der Deutschsprachigen Belgier die Abkehr von der "Politik des langen Armes"(GE v. 25.01.02) , zur gleichen Zeit offenbaren die föderalen Regierungs-Parteien, mit der von ihnen gewünschten 5% Klausel bei den kommenden Wahlen, eine wirklich erschreckende antidemokratische Gesinnung: sie erhoffen dadurch natürlich, neue demokratische Kräfte, wie z.B. die Partei Vivant, von vorneherein ausschalten zu können(GE v.11.01.02). In Bezug auf Vivant geschieht das wohl nicht zufällig, wenn man bedenkt, dass ein besonderes Ziel der Partei Vivant die deutliche Verringerung der inzwischen ausufernden politischen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen ist.

Eine entscheidende Herausforderung für die Menschen in den Industrieländern während der kommenden Jahre wird es sein, ohne großen Frust und ohne große Einschränkungen für den Einzelnen, zu sparen bzw. die allgegenwärtige Verschwendungssucht zu stoppen, und dies in allen Bereichen und auf allen Ebenen, und dabei darf es keine "Heiligen Kühe" geben.

Falls Regierungen und öffentliche Verwaltung also wieder aus dem selbstgebauten Elfenbeinturm heraus wollen, dann müssen sie in dieser Hinsicht mit dem allerbesten Beispiel vorangehen.

Mandatäre und Politiker sind nicht die Besitzer des Staates, auch keine Arbeitgeber wie in der freien Wirtschaft, sondern zeitweilige Verwalter für ihren Staat, und deshalb ist Politik in einer Demokratie auch heute noch eine Vertrauenssache- also eine Ehrensache, und keine Selbstbedienung.

Joseph Meyer und Jean van Ael,  
Koordinatoren von Vivant, Ostbelgien